

TAGBLATT

AUSGABE FÜR DIE STADT ST.GALLEN, GOSSAU UND UMGEBUNG – www.tagblatt.ch

SEITE 6
IMMOBILIENMARKT



Wickie Die Wikinger erobern Bayern

Im zweiten Kinofilm fahren Wickie und seine starken Männer mit dem Schiff nach Grönland. Gedreht wurde aber nicht im hohen Norden, sondern im bayrischen Hochland. zoom 16

Das System Putin

Nach dem Kuhhandel zum erneuten Wechsel im Kreml werden in Russland Kritiker nun ausgegrenzt. ausland 7

Heissersehnter Flug

Trotz Verspätung im Flugzeugbau: Boeings erster Dreamliner ist nun in Japan unterwegs. wirtschaft 24

REGION ST.GALLEN

ST.GALLEN
Parlament bewilligt Projekt für Fanarbeit 33

ST.GALLEN
Voliere-Gesellschaft verärgert über Stadt 35

ABTWIL
Kanton prüft neue Busverbindungen 39

GOSSAU
Wenig Interesse an der Zentrumsgestaltung 41

FOCUS

Die Gewinner der Schweizer Designpreise stehen fest 10

Salzkorn

Die Schweizer Flagge mit ihrem Kreuz christlichen Ursprungs entspreche der heutigen multi-kulturellen Schweiz nicht mehr, sie solle deshalb abgeschafft werden. Dies forderte kürzlich der Immigrantenverein Second@s Plus und sprach sich für die Wiedereinführung der Flagge der helvetischen Republik vom Ende des 18. Jahrhunderts mit ihren Querstreifen in Grün, Rot und Gelb aus. Die für solche Vorstösse immer dankbare SVP hat seither ein neues Inserate-Sujet: «Schweizer Fahne abschaffen! Masseneinwanderer immer unverschämter.»

Entspannter hat sich unlängst ein Bürger der Volksrepublik China auf Besuch in der Schweiz zu unserer Flagge geäußert: Er staunte ganz arglos darüber, dass die Schweiz «ein Pluszeichen auf der Flagge» habe. Ein Pluszeichen – das passt ja nicht schlecht zur Schweiz als wohlhabendem Land.

Und sollte sich der Wohlstand mal verflüchtigen, könnte man die Flagge mit kleinem Aufwand ändern: ein Minus statt ein Plus.

Wie die SVP in diesem Fall wohl inserieren würde? R.C.

Moslems hätten vor Gericht Chancen auf eigene Grabfelder

Die St. Galler Regierung will nichts von einer Sonderregelung für moslemische Grabfelder wissen. Der Widerstand dagegen ist namentlich bei FDP und SVP zu gross. Das zuständige Innendepartement soll nun nach anderen Wegen suchen, um die Ruhestätten zu ermöglichen.

Nicht verfassungskonform

Alt Bundesgerichtspräsident Giuseppe Nay kritisiert diesen Ent-

scheid der Regierung indirekt im Interview mit unserer Zeitung: «In der neuen Bundesverfassung ist es die Religionsfreiheit, die den Moslems das Recht gibt, nach ihrem Ritus bestattet zu werden.» Nay glaubt weiter, dass die Moslems gute Chancen hätten, vor Bundesgericht das Recht auf eigene Grabfelder zu erstreiten.

Gemäss dem Bündner Juristen gebe es Sonderregelungen für Menschen moslemischen Glau-



Bild: Daniel Ammann

Giuseppe Nay

bens in zahlreichen Schweizer Städten. «An den meisten Orten wird der Wunsch der Moslems nach eigenen Grabfeldern als ein berechtigtes und nachvollziehbares Anliegen anerkannt», sagt Nay.

Vorausschauende Politik

Nay empfiehlt den Politikern, das Anliegen der Moslems ernst zu nehmen. Der Druck werde nur grösser, wenn man es auf die lange Bank schiebe. (red.) thema 3

Ständeräte wollen Bau neuer AKW ganz verbieten

BERN. Heute entscheidet der Ständerat, ob der Bau neuer AKW in der Schweiz verboten wird. Gestern zeichnete sich ein Verbot ohne Einschränkungen ab: Die Energiekommission des Ständerates änderte im letzten Moment ihre Meinung. Das soll die schwankende CVP vor der Zerreissprobe bewahren. Bis vor kurzem hatte eine Mehrheit der Kommission den Bau neuer AKW nicht ganz verbieten wollen. Sie hatte dem Ständerat empfohlen, nur AKW der «heutigen Generation» zu verbieten. (sda/red.) inland 5

Keine Umkehr in St. Galler Energiepolitik

ST.GALLEN. Der St. Galler Kantonsrat hat gestern über eine Reihe Vorstösse zur Energiepolitik beraten. Die allermeisten der Motionen und Interpellationen waren von linksgrüner Seite nach den Ereignissen in Fukushima eingegangen. Sie forderten eine drastische Änderung in der Energiepolitik. Der Kantonsrat sagte zu den Vorstössen fast ohne Ausnahme Nein oder formulierte die

Motionen im Sinne der Regierung in Postulate um.

Regierungsrat Willi Haag betonte, dass die Regierung die Zeichen der Zeit erkannt habe und dem Entscheid des Bundesrates zum Atomausstieg Folge leisten wolle. Er mahnte aber, dass es bei einer Umkehr in der Energieproduktion vor allem darum gehe, die Versorgungssicherheit zu garantieren. (red.) ostschweiz 26

FDP zeigt Juso-Spitze an

ST.GALLEN. Auch im Kanton St. Gallen waren in der Nacht von Sonntag auf Montag Jungsozialisten unterwegs, die Aufkleber auf Wahlplakaten der bürgerlichen Parteien plaziert haben. Nun hat die Juso-Parteispitze eine Klage der St. Galler FDP am Hals.

Anders als die Freisinnigen verzichten die mitbetroffene SVP und CVP auf eine Klage wegen Sachbeschädigung – sie sprechen aber von einer «Verluderung der Politikultur». (red.) ostschweiz 25

REISEN

Teure Missverständnisse

Rund 1750 Beschwerden musste Beat F. Dannenberger, der Ombudsman der Schweizer Reisebranche, letztes Jahr entgegennehmen. Viele Anfragen basieren auf Missverständnissen, fehlerhaften Informationen über das Reise-land oder unvollständigen Unterlagen durch das Reisebüro. Aber genauso oft

liegt der Fehler beim Reisenden selbst: Er hat sich einfach schlecht vorbereitet auf die Ferien oder stellt zu hohe Erwartungen, etwa ans Hotel. Es liegt am Ombudsman, die kritisierten Mängel objektiv zu bewerten und eine einvernehmliche, aussergerichtliche Lösung für beide Seiten zu finden. (sj.) focus 9



Bild: ap/Jon Super

FC Basel punktet im Old Trafford

In der Champions League schafft Basel auswärts gegen Manchester United ein 3:3. Erst in der 90. Minute musste der Schweizer Meister den Ausgleich entgegennehmen. Der

Thurgauer Fabian Frei erzielte in der 58. Minute den Anschlusstreffer zum 1:2, ehe Alex Frei (rechts) Basel mit zwei Toren zwischenzeitlich in Führung brachte. sport 17

Otto Tausk wird Chefdirigent

ST.GALLEN. Der Nachfolger von David Stern ist gefunden: Der Verwaltungsrat der Genossenschaft Konzert und Theater St. Gallen hat Otto Tausk zum neuen Chefdirigenten von Sinfonieorchester und Theater St. Gallen gewählt. Der 40jährige Niederländer tritt seine Stelle mit Beginn der Saison 2012/2013 an, vorerst mit einem Vertrag für drei Jahre. Tausk leitet das Orchester Holland Symfonia und ist vielfältig international tätig. Er überzeugte in St. Gallen durch seine «künstlerischen Qualifikationen, stilistische Bandbreite sowie innovative Programmgestaltung». (sda) focus 11

Ist Leibarzt schuld an «Jackos» Tod?

LOS ANGELES. Der Prozess gegen Conrad Murray hat gestern begonnen. Der Arzt wird beschuldigt, Michael Jackson mit einer Überdosis des Narkosemittels «Propofol» fahrlässig getötet zu haben. Der Leibarzt des «King of Pop» bestreitet den Vorwurf. Er habe ihm lediglich die Hälfte der sonst üblichen Dosis gegeben. Als er kurz darauf ins Zimmer von «Jacko» kam, sei dieser regungslos im Bett gelegen. Der Staatsanwalt jedoch sagt, Murray habe «nachlässig und rücksichtslos» gehandelt. Ihm drohen nun vier Jahre Haft. (tam) seite zwei 2 schauplatz 8

bresga



3 00 3 9

Religionsdebatte Die St. Galler Kantonsregierung will nichts von einer Sonderregelung für moslemische Grabfelder auf den Friedhöfen wissen. Alt Bundesgerichtspräsident Giusep Nay kritisiert im Interview diesen Verzicht. Der Hauptunterschied zwischen Christen und Moslems im Bestattungsritual besteht in der Ausrichtung der Moslems Richtung Mekka.



Der Grabstein eines moslemischen Grabes auf dem Friedhof Feldli in St. Gallen.

Bild: Urs Jaudas

«Angst vor Fremden wird ausgenutzt»

Alt Bundesgerichtspräsident **Giusep Nay** warnt vor Stimmungsmache gegen Moslems. Klagen Moslems, welchen auf St. Galler Gemeindefriedhöfen ein Begräbnis nach ihrem Ritus verweigert wird, vor Bundesgericht, hätten sie grosse Erfolgchancen.

Herr Nay, im Kanton St. Gallen ist die Schaffung von Grabfeldern für Moslems heftig umstritten. Bildet St. Gallen im schweizweiten Vergleich da eine Ausnahme?

Giusep Nay: Auf Kantonsebene wurde meines Wissens keine Regelung getroffen, wie sie jetzt in St. Gallen diskutiert wird. Bisher wurden Grabfelder für Moslems in grösseren Städten realisiert, wobei es nur vereinzelt zu heftigeren Diskussionen kam. An den meisten Orten wird der Wunsch der Moslems nach eigenen Grabfeldern als ein berechtigtes und nachvollziehbares Anliegen anerkannt. Es wird in den nächsten Jahren deutlich grösser – auch im Kanton St. Gallen. Zur politischen Klugheit gehört, sich abzeichnende Probleme zu lösen, solange der Wunsch noch nicht zum Überdruck und Konflikt geworden ist.

Warum stossen moslemische Grabfelder überhaupt auf so viel Widerstand?

Nay: Die Stimmungsmache gegen Moslems bei der Minarettabstimmung und

jetzt gegen Immigranten allgemein verfängt offenbar. Eine Angst vor Fremden ist immer latent und daher leicht auszunutzen.

Kennen Sie Beispiele aus der Schweiz, wo es zu weitherum akzeptierten Lösungen gekommen ist?

An den meisten Orten wird der Wunsch der Moslems nach eigenen Grabfelder anerkannt.

Nay: In den Städten Genf, Bern, Basel, Zürich, Liestal, Luzern und Thun sind gute Regelungen getroffen worden. Ganz neu ist eine vorbildliche Anlage in Winterthur, die auch mit Unterstützung der SVP ohne Aufhebens gebaut worden ist. Opponenten schreckten noch davor zurück, in der Öffentlichkeit gegen ein schickliches, das heisst seinem Glauben

entsprechendes Begräbnis für jedermann aufzutreten.

Sind allenfalls zentrale Moslemfriedhöfe, vorab in Städten, in denen es keinen oder weniger Widerstand gibt, eine Lösung?

Nay: Eigene öffentliche Friedhöfe für Moslems wären diskriminierend. Für solche ist auch kaum ein genügendes Bedürfnis vorhanden. Besondere Grabfelder in den allgemeinen grossen städtischen Friedhöfen, die ja regelmässig verschiedene Abteilungen kennen, sind die angemessenste Lösung. Wenn zudem auch benachbarte Gemeinden davon Gebrauch machen können, sind alle Nachfragen abgedeckt.

Was sagt die Bundesverfassung?

Nay: Laut alter Bundesverfassung war es Pflicht der Behörden, dass dort, wo keine Sonderfriedhöfe existieren, Bestattungen auf dem öffentlichen Friedhof nach den Grundsätzen der Religion des Verstorbenen erfolgen müssen. In der neuen Bundesverfassung ist es die Religionsfreiheit,

die den Moslems das Recht gibt, nach ihrem Ritus bestattet zu werden.

Glauben Sie, dass die St. Galler Moslems ihr Recht vor dem Bundesgericht erstreiten könnten?

Nay: Ja. Das zeigen Gutachten der Professoren Andreas Auer aus Genf und Wal-

Die Religionsfreiheit gibt den Moslems das Recht, nach ihrem Ritus bestattet zu werden.

ter Kälin aus Zürich klar auf. Und auch ein Aufsatz von Bundesrichter Niccolò Raselli geht in dieselbe Richtung. Wo noch Zweifel bestehen, wie in einem noch jüngeren Bundesgerichtsentscheid, beruhen diese auf Missverständnissen betreffend die konkreten Erfordernisse und eine strikte Forderung des Beschwerdeführers nach einer ewigen Grabesruhe. Die isla-

mischen Organisationen bieten jedoch Hand zu angemessenen Lösungen.

Wie gross sind eigentlich die Differenzen zwischen einer moslemischen und der christlichen Bestattung?

Nay: Der Hauptunterschied ist die Ausrichtung des Grabes nach Mekka. Unter Christen bestehen vom Glauben her keine Unterschiede. Sie sind daher nicht in ihrem Glauben beeinträchtigt, wenn die Bestattung in Reih und Glied zu erfolgen hat. Das ist aber für Moslems der Fall, so dass sie gestützt auf die Glaubensfreiheit einen Anspruch auf eine besondere Behandlung haben. Eine solche besteht im übrigen in vielen Friedhöfen auch für Privatgräber.

Bis vor wenigen Jahrzehnten durften Katholiken nur beerdigt und nicht kremiert werden. Sie brauchten also auch eine Sonderregelung.

Nay: Ja, soweit nur eine Urnenbestattung möglich gewesen wäre.

Interview: Markus Rohner

Der Staat und die Friedhöfe

Durch die Bundesverfassung von 1874 wurde das Friedhofswesen «verstaatlicht», das heisst zur Aufgabe der politischen Gemeinden erklärt. Ausserdem wurde jedermann das Recht auf ein schickliches Begräbnis zugesprochen. Nach Sonderbundkrieg und Kulturkampf zwischen katholischen und reformierten Orten war es die vorrangige Aufgabe des jungen Bundesstaates, die konfessionelle Spaltung der Bevölkerung zu überbrücken. In der Folge wurden die konfessionell-kirchlichen Friedhöfe zu kommunalen Friedhöfen. Die Bestattung ohne Ansehen der Person in chronologischer Reihenfolge in Gräberreihen wurde zur Vorschrift. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurde es in Basel, Bern und St. Gallen strikt

abgelehnt, auf den städtischen Friedhöfen spezielle Grabfelder für Juden einzurichten oder jüdische Sonderfriedhöfe zu gestatten. Juden aus Bern und Basel mussten ihre Angehörigen auf dem jüdischen Friedhof Hegenheim im Elsass bestatten.

Laut Giusep Nay müssen heute im Zeitalter des gesellschaftlichen Pluralismus und der Individualisierung auch im Friedhofs- und Bestattungswesen Lösungen gesucht werden, die im verfassungsmässigen Rahmen unterschiedlichen Varianten Rechnung tragen. «Dies keineswegs nur im Blick auf unterschiedliche Religionen, sondern ebenso im Blick auf unterschiedliche persönliche und gesellschaftliche Wünsche», sagt Nay. (mr.)

Das moslemische Begräbnis

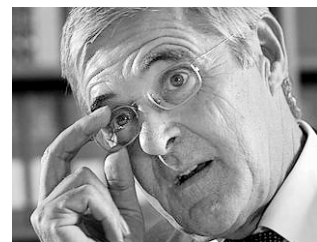
Die Wogen gehen in der Ostschweiz in der Frage um moslemische Grabfelder hoch. Doch wie sieht ein moslemisches Bestattungsritual überhaupt aus? Die wichtigsten Fakten:

- Ähnlich wie in der jüdischen Religion soll auch bei Moslems der Leichnam schnell beerdigt werden. In den Herkunftsländern der Moslems geschieht dies oft innerhalb von 24 Stunden nach dem Tod.
- Der Bestattung der Toten geht eine rituelle Waschung voraus. Darauf wird der Leichnam in drei Leinentücher gewickelt – eines für den Kopf, ein zweites für Torso und Beine, anschliessend wird der Verstorbene im dritten Tuch ganz eingehüllt.
- Wo es die Beschaffenheit der Erde

zulässt, wird der Leichnam ohne Sarg bestattet. In der Schweiz werden die Toten in einen einfachen Holzsarg gelegt.

- Das Gesicht des Toten muss Richtung Mekka ausgerichtet sein. Das bedeutet, dass der Kopf des Toten leicht zur Seite gedreht wird und sein Gesicht in südöstliche Richtung weist.
- Der Islam kennt wie die jüdische Religion die ewige Grabesruhe. Auf islamischen Grabfeldern in der Schweiz werden die Gebeine der Toten deshalb nicht ausgeräumt. Das Grab wird aber mehrfach benutzt.
- 80 bis 90 Prozent der verstorbenen Schweizer Moslems werden heute in ihre Heimat zurückgebracht und dort beerdigt. (mwe)

PERSON



Giusep Nay

Der Bündner Oberländer Giusep Nay (69) war von 1989 bis 2006 als Bundesrichter in Lausanne tätig. 2005/2006 war er der erste Bundesgerichtspräsident mit rätoromanischer Muttersprache. Bis Ende des letzten Jahres war Giusep Nay Präsident der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz, deren Vorstand er weiterhin angehört. (mr.)